



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
18. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 16.07.2024	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	20:08 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Peter Petereit - SPD & FW Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender		
Dirk Groß - AfD Fraktionsvorsitzender		
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Bernhard Simon - CDU		
Tim Stüttgen - Unabhängige Volt-PARTEI		
Gregor Voht - SPD & FW		
Frank Zahn - SPD & FW		Teilnahme bis einschließlich TOP 5.7
Andreas Zander - CDU		
Lothar Möller - BfL (fraktionslos)		
Stellvertreter:in		
Daniel Kerlin - FDP		Vertretung für: Herrn Thorsten Fürter Fraktionsvorsitzender
Dr. Marek Lengen - SPD & FW		Vertretung für: Frau Tamina Vahlen-dieck Stellvertr. Fraktionsvorsitzende
Andreas Müller - LINKE & GAL Fraktionsvorsitzender		Vertretung für: Frau Juleka Schulte-Ostermann
Beiratsmitglieder		
Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen		Teilnahme bis einschließlich TOP 9.1
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Jochen Mauritz - CDU		Teilnahme bis einschließlich TOP 5.8

Thorsten Fürter - Hauptausschuss - FDP	Teilnahme als Zuschauer ab TOP 4.6
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	Teilnahme bis einschließlich TOP 6.1
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Ralf Kusmierz - 2.020 FBC	Teilnahme öffentlicher Teil
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Dr. Alexander Mischnik - 2.530 Gesundheitsamt	Teilnahme bis einschließlich TOP 4.2
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	Teilnahme bis einschließlich TOP 4.4
Michael Stödter - 5.610 Stadtplanung und Bauordnung	Teilnahme bis einschließlich TOP 4.6
Dennis Bunk - 5.651 Gebäudemanagement	Teilnahme bis einschließlich TOP 6.1
Christina Friedrich - 5.651 Gebäudemanagement	Teilnahme bis einschließlich TOP 6.1
Gert Wadehn - 2.502 SIE	Teilnahme bis einschließlich TOP 9.1
Protokollführung	
Tim Landschof - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Beate Herrmann - 2.502 SIE	Teilnahme bis einschließlich TOP 9.1
Sabine Klawitter - 2.502 SIE	Teilnahme bis einschließlich TOP 9.1
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Thorsten Fürter - FDP Fraktionsvorsitzender	als Ausschussmitglied entschuldigt
Juleka Schulte-Ostermann - LINKE & GAL	entschuldigt
Tamina Vahlendieck - SPD & FW Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.06.2024	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	AM Bernhard Simon (CDU): Auswirkungen aktueller Rechtsprechungen auf den Lübecker Haushalt	VO/2024/13338
3.1.1	Antwort zur Teilfrage Zweitwohnungssteuer bezüglich: AM Bernhard Simon (CDU): Auswirkungen aktueller Rechtsprechungen auf den Lübecker Haushalt	VO/2024/13338-01
3.2	AM Akyurt: Öffentlich geförderter Wohnungsbau	VO/2022/11050
3.2.1	Antwort auf Anfrage von AM Akyurt "Öffentlich geförderter Wohnungsbau" im HA am 19.04.2022, VO/2022/11050	VO/2022/11050-01
3.3	Antwort auf Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Überlastete Frauenhäuser in Lübeck	2024/12876-01-01
3.4	Antwort auf Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Situation männlicher Opfer häuslicher Gewalt in Lübeck	2024/12878-01-01
3.5	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Kommunalen Wärmeplanung	VO/2024/13291
3.5.1	Antwort auf die Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Kommunalen Wärmeplanung	VO/2024/13291-01
3.6	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Einbürgerungen in Lübeck	VO/2024/13278
3.6.1	Antwort auf Anfrage von AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Einbürgerungen in Lübeck	VO/2024/13278-01
3.7	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur zentralen Organisation des Rückführungsmanagements der Ausländerbehörden	VO/2024/13290
3.7.1	Antwort auf Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur zentralen Organisation des Rückführungsmanagements der Ausländerbehörden	VO/2024/13290-01
3.8	AM Bernhard Simon (CDU): Nachnutzung des ehemaligen Café Maret	VO/2024/13237

3.8.1	Antwort auf Anfrage des AM Bernhard Simon (CDU) im Hauptausschuss am 14.05.2024 (VO/2024/13237) zu "Nachnutzung des ehemaligen Cafe Maret"	VO/2024/13360
3.9	Anfrage von AM Andreas Müller (Die Linke): Nachbarschaftliche, nicht-kommerzielle Bürgersteig-/Wiesenflohmärkte (nicht Straßenfeste) in den Quartieren	VO/2024/13433
3.10	AM Christopher Lötsch (CDU): Nutzung Große Börse	VO/2024/13441
3.11	AM Christopher Lötsch (CDU): Rechenzentrum Stadtwerke Lübeck	VO/2024/13442
3.12	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Klage von SPD und FDP gegen Landeshaushalt	VO/2024/13453
3.13	NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Stand bzgl. der Vorhabenliste zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus	
3.14	NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Beschlussvorlage zur Erhöhung der Pflegeentgelte	
3.15	NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Beantwortung ihrer Nachfragen zum Bolzplatz in Groß Steinrade	
3.16	NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Konzept zu Stadtteilbudgets	
3.17	NEU: Mündl. Anfrage des stellv. AM Müller: Skateanlage für Kinder und Jugendliche in Travemünde	
3.18	NEU: Mündl. Mitteilung des AM Dr. Flasbarth: Konsequenzen der Erhöhung der Pflegeentgelte	
3.19	NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Maßnahmen des Kulturentwicklungsplans nicht im Haushaltsentwurf der Verwaltung	
3.20	NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: F-Bau im Glashüttenweg	
3.21	NEU: Mündl. Anfrage des AM Stüttgen: Aktueller Sachstand Haus A	
3.22	NEU: Mündl. Mitteilung von AM Zahn: Schriftliche Einreichung von Anfragen	
3.23	NEU: Mündl. Mitteilung des Bürgermeisters: Haushaltsentwicklungen 2024	
3.24	NEU: Mündl. Mitteilung des Bürgermeisters: Verkauf des Bundesbankgebäudes	
4	Berichte	

4.1	Projektbericht Social Smart City	VO/2024/13339
4.2	Bericht zum Antrag VO/2024/12914-01 von AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): AÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote	2024/12914-01-01
4.3	Schulentwicklungsplanung Förderzentren	VO/2024/13171
4.3.1	AM Juleka Schulte-Ostermann Antrag zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren	VO/2024/13171-02
4.3.2	Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Antrag zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren	VO/2024/13171-03
4.4	Anbindung der nördlichen Altstadt während der Baumaßnahme Beckergrube	VO/2024/13316
4.5	Zwischenbericht zum Planungsstand "Mixed-Use-Konzept Haus B (ehem. Karstadt-Sport-Gebäude)"	VO/2024/13413
4.6	Mündlicher Sachstandsbericht zum Café Salut	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Basisorientierte Stärkung des ehrenamtlichen Engagements durch die Absicherung der Tandempartnerschaft zwischen der Freiwilligenagentur ePunkt e.V. und der Stabsstellen Migration und Ehrenamt im Rahmen eines Budgetvertrags	VO/2024/13318
5.2	Verlängerung der Dauer des "Moratoriums" und der Zahlung eines Verpflegungszuschusses bis 31.07.2025	VO/2024/13365
5.3	Erweiterung des Hafenmeister- und Sanitärgebäudes Pasathafen, Projektfreigabe und Aufhebung eines für das Haushaltsjahr 2024 bestehenden Sperrvermerks	VO/2024/12940
5.4	Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Herstellungspflicht von Stellplätzen und Abstellanlagen sowie die Ablösung der Herstellungspflicht und die Höhe der Ablösebeiträge ("Ablösesatzung")	VO/2024/12976
5.5	Beschluss zum Interimskonzept im Rahmen der Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an den Lübecker Innenstadtsschulen, des erhöhten Flächenbedarfes, der G9-Erweiterung und des eventuellen Bedarfs an der in Planung befindlichen Schule Geniner Ufer	VO/2024/13204
5.6	BW 197 Ersatzneubau Durchlass Brandenmühle - Projektfreigabe und Aufhebung des Sperrvermerks	VO/2024/13388
5.7	Projektfreigabe inklusiver Quartierspark Beim Drögenvor-	VO/2024/13419

	werk in der Hansestadt Lübeck - "Tremser Park"	
5.8	Erteilung eines Projektauftrags zur städtebaulich, konzeptionellen Auseinandersetzung mit dem Schragen in Verbindung mit den Planungen zum "Mixed-Use-Konzept Haus B (ehem. Karstadt Sport Gebäude, Königstraße)	VO/2024/13351
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Dringlichkeitsempfehlung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege zum Antrag des BM Detlev Stolzenberg: Förderung der Gemeinnützigen Lübecker Musik- und Kunstschulen	VO/2024/13333-01
6.2	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU & FDP: AT zu Regelungen im Zusammenhang mit Interessenbekundungen und Ausschreibungen für städtische Immobilien und städtebauliche Verträge bei der Aufstellung von Bebauungsplänen	VO/2024/13394-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
9.1	Abschluss eines Mietvertrages zum Betrieb einer Senior:Inneneinrichtung Vorlage: VO/2024/13197	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet seien, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheide im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen würden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht worden seien:

NEU TOP 3.12 (VO/2024/13453)

AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Klage von SPD und FDP gegen Landeshaushalt

NEU TOP 14.1.1 (VO/2024/13197-01)

Anlagen zur VO 2024/13197 - Abschluss eines Mietvertrages zum Betrieb einer Senior:Inneneinrichtung

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass der Hauptausschuss in seiner letzten Sitzung am 25.06.2024 folgende Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst habe:

- Freigabe für die Ersatzbeschaffung von Einsatzfahrzeugen der Berufsfeuerwehr, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes sowie die Beschaffung von beweglichen Ausstattungsgegenständen der Rettungsdienstfahrzeuge.
- Der Hauptausschuss stimmt der Verlängerung des Mietvertrages über die „Weinstuben unter dem Heiligen-Geist-Hospital – Kartoffelkeller“ mit dem bisherigen Mieter um weitere 5 Jahre zu.
- Der Bürgermeister wird beauftragt eine Soft- und Hardware für die Lübecker Hafenbahn zu beschaffen.

Der Hauptausschuss und die Öffentlichkeit nehmen Kenntnis.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er darum gebeten habe, einen mündlichen Sachstandsbericht zum Café Salut in die Tagesordnung aufzunehmen (TOP 4.6). Da die Anmeldung zur Tagesordnung nach dem Versand der Sitzungseinladung erfolgt ist, sei eine Erweiterung der Tagesordnung im Wege der Dringlichkeit gemäß §§ 34 Absatz 4 Satz 4 GO und 7 Absatz 4 GeschO erforderlich. Eine solche setze eine Zweidrittelmehrheit im Ausschuss voraus.

Der Vorsitzende lässt über die Erweiterung der Tagesordnung abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt der Erweiterung der Tagesordnung um den TOP 4.6 im Wege der Dringlichkeit einstimmig zu.

Weiterhin bittet der Bürgermeister gemäß § 38 Absatz 1 GeschO darum, unter TOP 3 eine mündliche Mitteilung zu den Haushaltsentwicklungen 2024 und eine weitere zum Verkauf des Bundesbankgebäudes aufzunehmen.

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Absatz 2 GO ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit Zweidrittelmehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Angelegenheiten erforderlich sei. Er teilt mit, dass die TOP 14.1 und 14.2 für die Beratung im nichtöffentlichen Teil angemeldet worden seien.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er die Anfrage von AM Lötsch unter TOP 3.11 nur im nichtöffentlichen Teil beantworten könne.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Antwort auf die Anfrage unter TOP 3.11 für den nichtöffentlichen Teil vorzusehen. Seitens der Ausschussmitglieder wird dem Vorschlag nicht widersprochen.

AM Dr. Flasbarth beantragt, dass der Hauptausschuss sowohl im öffentlichen, als auch im nichtöffentlichen Teil über den TOP 14.1 beraten möge. Allgemeine Tatsachen und Umstände zu den SIE sollten demnach öffentlich behandelt werden, während der einschlägige Mietvertrag und dessen Details nichtöffentlich beraten werden sollten.

Seitens der Verwaltung werden keine Bedenken gegen dieses Vorgehen geäußert.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP 3.11, 14.1 und 14.2 einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt der nichtöffentlichen Beratung der Antwort zu der Anfrage unter TOP 3.11 einstimmig zu.

Der Hauptausschuss stimmt der nichtöffentlichen Beratung eines Teils der Angelegenheit unter TOP 14.1 einstimmig zu.

Der Hauptausschuss stimmt der nichtöffentlichen Beratung der Angelegenheit unter TOP 14.2 einstimmig zu.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gemäß § 39 Absatz 3 GeschO über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden am nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung abzustimmen sei. Der Bürgermeister habe um die Teilnahme der folgenden Mitarbeitenden gebeten:

- Herr Oliver Groth, Bereichsleiter Bürgermeisterkanzlei
- Herr Gert Wadehn, Werkleiter Senior: Inneneinrichtungen

Der Vorsitzende teilt darüber hinaus mit, dass es seitens Frau Herrmann und Frau Klawitter aus dem Personalrat der SIE die Bitte gebe, an der Beratung des TOP 14.1 im nichtöffentlichen Teil teilzunehmen.

Herr Böhm bittet ebenfalls um seine Teilnahme an der Beratung des TOP 14.1 im nichtöffentlichen Teil.

Der Vorsitzende lässt über die Teilnahme abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt der Teilnahme aller vorgenannten Personen einstimmig zu.

AM Simon beantragt die Vertagung der Beratung des TOP 6.2 und begründet dies.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt der Vertagung der Beratung des TOP 6.2 einstimmig zu.

AM Lötsch beantragt die Vertagung der Beratung der TOP 4.3, 4.3.1 und 4.3.2, bis diese in den Fachausschüssen beraten worden seien.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt der Vertagung der Beratung der TOP 4.3, 4.3.1 und 4.3.2 einstimmig zu.

AM Lötsch beantragt außerdem die Vertagung der Beratung der TOP 4.5 und 5.8 und begründet dies.

Senatorin Hagen erklärt, dass die Beratung des TOP 5.8 und die Beschlussfassung über die Vorlage in der heutigen Sitzung aus planungstechnischen Gründen wichtig sei.

AM Lötsch ändert daraufhin seinen Antrag ab: Nur die Beratung des TOP 4.5 solle nunmehr vertagt werden.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt der Vertagung der Beratung des TOP 4.5 einstimmig zu.

AM Dr. Flasbarth beantragt die Vertagung der Beratung des TOP 5.3 und begründet dies.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt der Vertagung der Beratung des TOP 5.3 einstimmig zu.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

Der Hauptausschuss stellt die Tagesordnung einstimmig fest.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 25.06.2024

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen:

	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

**zu 3.1 AM Bernhard Simon (CDU): Auswirkungen aktueller Rechtsprechungen auf den Lübecker Haushalt
Vorlage: VO/2024/13338**

**zu 3.1.1 Antwort zur Teilfrage Zweitwohnungssteuer bezüglich:
AM Bernhard Simon (CDU): Auswirkungen aktueller Rechtsprechungen auf den Lübecker Haushalt
Vorlage: VO/2024/13338-01**

AM Simon fragt danach, wann er mit einer Antwort auf den zweiten Teil seiner Anfrage zu Ferienwohnungen in der Lübecker Innenstadt rechnen könne.

Senatorin Hagen sagt zu, die Antwort zu Protokoll zu geben.

Stellv. AM Kerlin bittet darum, das in der Anfrage erwähnte Gerichtsurteil des OVG Schleswig dem Protokoll im Volltext beizufügen.

Die Verwaltung sagt dies zu.

Weiterhin sprechen erneut AM Simon und erneut Senatorin Hagen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Nachträge zur Niederschrift:

Der Bereich Stadtplanung und Bauordnung hat mitgeteilt, dass die nachgefragte Antwort für AM Simon spätestens im Oktober 2024 vorliegen wird.

*Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Schleswig-Holstein (Az. 6 KN 1/24 vom 24.04.2024) ist der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt und zusätzlich im Ratsinformationssystem ALLRIS zu dieser Sitzung des Hauptausschusses abrufbar.*

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.2 AM Akyurt: Öffentlich geförderter Wohnungsbau
Vorlage: VO/2022/11050**

**zu 3.2.1 Antwort auf Anfrage von AM Akyurt "Öffentlich geförderter Wohnungsbau" im
HA am 19.04.2022, VO/2022/11050
Vorlage: VO/2022/11050-01**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.3 Antwort auf Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Überlastete
Frauenhäuser in Lübeck
Vorlage: 2024/12876-01-01**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.4 Antwort auf Anfrage von AM Juleka Schulte-Ostermann (GAL): Situation

männlicher Opfer häuslicher Gewalt in Lübeck
Vorlage: 2024/12878-01-01

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.5 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Kommunalen Wärmeplanung
Vorlage: VO/2024/13291

zu 3.5.1 Antwort auf die Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur Kommunalen Wärmeplanung
Vorlage: VO/2024/13291-01

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.6 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Einbürgerungen in Lübeck
Vorlage: VO/2024/13278

zu 3.6.1 Antwort auf Anfrage von AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Einbürgerungen in Lübeck
Vorlage: VO/2024/13278-01

Zu dem TOP sprechen AM Dr. Flasbarth, der Bürgermeister, Senator Hinsen und AM Zahn.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.7 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur zentralen Organisation des Rückführungsmanagements der Ausländerbehörden
Vorlage: VO/2024/13290**

**zu 3.7.1 Antwort auf Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zur zentralen Organisation des Rückführungsmanagements der Ausländerbehörden
Vorlage: VO/2024/13290-01**

Zu dem TOP sprechen stellv. AM Kerlin und Senator Hinsen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.8 AM Bernhard Simon (CDU): Nachnutzung des ehemaligen Café Maret
Vorlage: VO/2024/13237**

zu 3.8.1 Antwort auf Anfrage des AM Bernhard Simon (CDU) im Hauptausschuss am 14.05.2024 (VO/2024/13237) zu "Nachnutzung des ehemaligen Cafe Maret"

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.9 Anfrage von AM Andreas Müller (Die Linke): Nachbarschaftliche, nicht-kommerzielle Bürgersteig-/Wiesenflohmärkte (nicht Straßenfeste) in den Quartieren
Vorlage: VO/2024/13433

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.10 AM Christopher Lötsch (CDU): Nutzung Große Börse
Vorlage: VO/2024/13441

Der Bürgermeister beantwortet die Anfrage mündlich:

Zu Frage 1:

Das Angebot der Liveübertragung der Bürgerschaftssitzungen in der Großen Börse wurde im Februar von 0 Personen, im März von 2 Personen, im Mai von 0 Personen (die Große Börse war durch das Wahlbüro zur Europawahl belegt) und im Juni von 1 Person wahrgenommen, von denen augenscheinlich keine Person ein körperliches Handicap aufwies.

Zu Frage 2:

Der Anschluss inklusive Test dauert circa 15 Minuten. Während der Sitzungen verlässt ein:e Mitarbeitende:r kurzzeitig 2 Mal den Bürgerschaftssaal, um die Funktionsfähigkeit zu prüfen. Bei Störungen entsteht ggf. ein zusätzlicher Personalaufwand zur Störungsbehebung. Für die Übertragung in der Großen Börse wird durch das Büro der Bürgerschaft ein Präsentationslaptop zur Verfügung gestellt.

Zu Frage 3:

Eine Alternativoption für eine Live-Übertragung im Rathaus wäre die Nutzung des Foyers vor dem Audienzsaal: Für Interessierte mit körperlicher Beeinträchtigung wäre dort ein barrierefreier Zugang sichergestellt. Die Rathauswache hätte diesen Bereich im Blick. Ein Bildschirm (ggf. mobil), sowie Sitzgelegenheiten wären dort jeweils vorzubereiten/herzurichten. Ein überzähliger Bildschirm aus einer Fraktionsauflösung ist im Büro der Bürgerschaft vorhanden. Lediglich ein mobiler Fuß wäre zu beschaffen. Die Kosten hierfür betragen nach ersten Recherchen circa 350 EUR.

Zu dem TOP spricht außerdem AM Zahn.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.11 AM Christopher Lötsch (CDU): Rechenzentrum Stadtwerke Lübeck
Vorlage: VO/2024/13442**

Die Beantwortung der Anfrage ist für den nichtöffentlichen Teil vorgesehen (vgl. TOP 1).

**zu 3.12 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN): Klage von SPD und FDP gegen Landeshaushalt
Vorlage: VO/2024/13453**

Der Bürgermeister beantwortet die Anfrage mündlich:

Zu Frage 1:

Die Frage kann aus kommunaler Sicht nicht beantwortet werden, weil unklar ist, wie sich die Landesregierung im Falle einer erfolgreichen Klage bei der Neuaufstellung eines Haushaltes verhalten würde. Im Endeffekt muss die HL mit den finanziellen Rahmenbedingungen arbeiten, die das Land SH schafft.

Zu Frage 2:

Die HL kann sich auf die möglichen Auswirkungen schlichtweg nicht vorbereiten, da ein Haushalt, wie auch immer er dann konkret aussehen möge, zunächst immer rechtskräftig ist, sodass man erst in der konkreten Situation ggf. Maßnahmen ergreifen kann.

Zu Frage 3:

Der Bürgermeister der HL hat keine eigene SPD-Landtagsfraktion. Der Bürgermeister ist zur parteipolitischen Neutralität verpflichtet, sodass es keine Einwirkung des Bürgermeisters auf die SPD-Landtagsfraktion oder deren Mitglieder gegeben hat.

Zu Frage 4:

Vor dem Hintergrund seiner Verpflichtung auf parteipolitische Neutralität wird der Bürgermeister der HL grundsätzlich nicht auf die SPD-Landtagsfraktion einwirken.

Zu dem TOP sprechen zudem AM Dr. Flasbarth, AM Petereit, AM Zahn und erneut der Bürgermeister.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.13 NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Stand bzgl. der Vorhabenliste zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus

AM Siegenbrink möchte wissen, wie der aktuelle Stand bezüglich der Vorhabenliste zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus ist und ob die Ortspolitik die Liste noch vorgelegt bekommen.

Senatorin Steinrücke antwortet, dass Senatorin Hagen den Sachstand im Bauausschuss am 15.07.2024 präsentiert habe und dass seitens der Verwaltung ein Schreiben mit der Vorhabenliste an das Land verschickt worden sei, welches den Mitgliedern des Sozialausschusses heute oder morgen ohnehin noch zur Kenntnisnahme zugeschickt werde.

Zu dem TOP sprechen zudem AM Akyurt und Senatorin Hagen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

	Ohne Votum	
--	------------	--

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.14 NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Beschlussvorlage zur Erhöhung der Pflegeentgelte

AM Siegenbrink spricht die geplante Erhöhung der Pflegeentgelte an und fragt danach, ob die Ortspolitik noch eine diesbezügliche Beschlussvorlage vorgelegt bekommen werde.

Senatorin Steinrücke teilt mit, dass der Ortspolitik, wie schon in der Vergangenheit, ein entsprechender Bericht entgegengebracht werde.

Zu dem TOP sprechen weiterhin Herr Wadehn, AM Voht, AM Lötsch, erneut Senatorin Steinrücke, AM Akyurt, AM Dr. Flasbarth, stellv. AM Kerlin und erneut AM Siegenbrink.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.15 NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Beantwortung ihrer Nachfragen zum Bolzplatz in Groß Steinrade
--

AM Siegenbrink fragt danach, wann sie mit der Beantwortung ihrer Nachfragen zum Bolzplatz in Groß Steinrade aus dem Hauptausschuss vom 14.05.2024 rechnen könne.

Senatorin Frank sagt zu, die Antworten zu Protokoll nachzureichen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Nachtrag zur Niederschrift:

Der Fachbereich 4 beantwortet die Nachfragen von AM Siegenbrink wie folgt:

(1) Warum sieht der Bereich Schule und Sport keinen Bedarf, den Bolzplatz zu einer Schulsportfläche umzuwidmen, die Schule selbst sowie die Elternvertreter aber durchaus?

Die Bereiche Stadtplanung und Bauordnung sowie Stadtgrün und Verkehr haben das Thema bereits aufgegriffen. Dabei ist herausgekommen, dass im Bereich Groß Steinrade ein Bolzplatz fehlen würde, sollte der vorhandene Bolzplatz zu einer Schulsportfläche umgewidmet werden. Eine alternative Fläche für einen Bolzplatz ist nicht verfügbar. Aus diesen Gründen

hat die Rücksprache der Bereiche Stadtplanung und Bauordnung, Stadtgrün und Verkehr sowie Schule und Sport einvernehmlich ergeben, dass der Bolzplatz nicht zur Schulsportfläche umgewidmet wird, sondern in öffentlicher Nutzung bleibt und damit auch künftig vom Bereich Stadtgrün und Verkehr verwaltet wird.

(2) Kann die Fläche des Bolzplatzes, sollte sie zu einer Schulsportfläche umgewidmet und umgerüstet werden, eine Doppelfunktion erfüllen, nämlich einerseits als Schulsportfläche und andererseits als Freizeitsportfläche an Nachmittagen und am Wochenende?

Da die Umwidmung des Bolzplatzes hin zu einer Schulsportfläche im vorliegenden Fall nicht möglich ist, ist die Antwort rein theoretischer Natur: Schulsportflächen werden außerhalb der definierten Unterrichtszeiten an die Öffentlichkeit oder an Vereinssport vermietet.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.16 NEU: Mündl. Anfrage des AM Siegenbrink: Konzept zu Stadtteilbudgets

AM Siegenbrink fragt danach, wann mit der Vorlage des für 2024 zugesagten Konzepts zu den Stadtteilbudgets im Hauptausschuss zu rechnen sei.

Senatorin Steinrücke teilt mit, dass ein konkretes Vorlagedatum leider noch nicht genannt werden könne, da sich das Konzept zurzeit noch in der Erarbeitung befinde.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.17 NEU: Mündl. Anfrage des stellv. AM Müller: Skateanlage für Kinder und Jugendliche in Travemünde

Stellv. AM Müller fragt danach, ob es möglich sei, für eine Skateanlage für Kinder und Jugendliche in Travemünde ein Teilgebiet aus dem Kurgebiet Travemünde herauszulösen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.18 NEU: Mündl. Mitteilung des AM Dr. Flasbarth: Konsequenzen der Erhöhung der Pflegeentgelte

AM Dr. Flasbarth spricht die bereits thematisierte Erhöhung der Pflegeentgelte an und weist darauf hin, dass die letzte große Erhöhung dieser Entgelte im Jahr 2019 (VO/2019/08060) dazu geführt hätte, dass etwa 60 Seniorinnen und Senioren aus den städtischen Pflegeheimen hätten ausziehen müssen, weil die Entgelte für sie schlichtweg nicht mehr zu bezahlen waren. Er regt an, diese unmittelbaren Konsequenzen der Entgelterhöhungen unbedingt auch in der aktuellen Diskussion um die Erhöhung der Pflegeentgelte zu berücksichtigen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

zu 3.19 NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: Maßnahmen des Kulturentwicklungsplans nicht im Haushaltsentwurf der Verwaltung

AM Dr. Flasbarth berichtet davon, dass im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege mitgeteilt worden sei, dass die Verwaltung nicht alle Maßnahmen des Kulturentwicklungsplanes im Haushaltsentwurf berücksichtigt habe. Dies gelte unter Umständen auch für solche Maßnahmen, die bereits durch die Bürgerschaft beschlossen worden seien. Er möchte wissen, ob dieses Vorgehen der Verwaltung rechtskonform sei.

Der Bürgermeister verweist auf seine noch zu gebende mündliche Mitteilung zu den Haushaltsentwicklungen 2024. Diese werde erklären, wieso nicht alle Maßnahmen in den Haushaltsentwurf aufgenommen worden sind.

Keine weiteren Wortmeldungen

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.20 NEU: Mündl. Anfrage des AM Dr. Flasbarth: F-Bau im Glashüttenweg

AM Dr. Flasbarth stellt mehrere Fragen:

- (1) Inwiefern ist es aus städtebaulicher Sicht sinnvoll, auf den wenigen verfügbaren freien Flächen der HL Logistikgroßhandelsgewerbe anzusiedeln? Wie sinnvoll ist es, solche Ansiedelungen in Gebieten vorzunehmen, die überwiegend durch Wohnbebauung geprägt sind?
- (2) Warum wurde für den F-Bau im Glashüttenweg eine Abrissgenehmigung erteilt, ohne ein unabhängiges Gutachten unter anderem zur Erhaltenswürdigkeit des Bauwerks einzuholen?
- (3) Der Bürgermeister soll kürzlich auf eine Nachfrage nach einem unabhängigen Gutachten geantwortet haben: „Es wird nun langsam politisch.“ Wie ist diese Aussage zu interpretieren? Was ist damit gemeint?

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.21 NEU: Mündl. Anfrage des AM Stüttgen: Aktueller Sachstand Haus A

AM Stüttgen fragt danach, wieso sich im Haus A bislang, vom Kellergeschoss abgesehen, nichts getan habe, obwohl nach Aussage des Bürgermeisters mehrere Interessenten zum Weiterbetrieb von Haus A vorhanden seien.

Der Bürgermeister teilt mit, dass er noch während der Sommerpause 2024 Gespräche zum weiteren Fortgang der Dinge im Haus A führen werde.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und die Antwort zur Kenntnis.

zu 3.22 NEU: Mündl. Mitteilung von AM Zahn: Schriftliche Einreichung von Anfragen

AM Zahn appelliert in Anbetracht der Vielzahl an Anfragen an alle Ausschussmitglieder, ihre Fragen schriftlich einzureichen, damit den anderen Ausschussmitgliedern zumindest eine gewisse Vorbereitung möglich sei.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

zu 3.23 NEU: Mündl. Mitteilung des Bürgermeisters: Haushaltentwicklungen 2024

Hinweis:

Diese Mitteilung beantwortet zugleich die Anfrage unter TOP 3.19.

Der Bürgermeister teilt mit, dass für die HL aktuell von einem haushälterischen Jahresdefizit von über 50 Millionen EUR ausgegangen werden müsse. Die Hauptursachen seien die deutlich niedrigeren finanziellen Zuweisungen aus dem Finanzausgleich, die Ausweitung der Vorwegabzüge zur stärkeren Finanzierung des ÖPNV, der Theater und Bibliotheken, welche zu einer Reduzierung der Verteilungsmasse für die Schlüsselzuweisungen beiträgt, sinkende

Steuereinnahmen, vor allem im Bereich der Gewerbesteuer und erhebliche Aufwandssteigerungen für Transferleistungen. Vor diesem Hintergrund habe er am 15.07.2024 eine Haushaltssperre für die Gesamtverwaltung erlassen (Verfügungstext: **Anlage 2** zur Niederschrift).

Zu dem TOP sprechen außerdem stellv. AM Müller, AM Lötsch, AM Dr. Flasbarth, AM Zahn, AM Petereit, AM Simon, AM Siegenbrink, Senatorin Frank, AM Akyurt und AM Voht.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

zu 3.24 NEU: Mündl. Mitteilung des Bürgermeisters: Verkauf des Bundesbankgebäudes

Der Bürgermeister teilt mit, dass die finale Phase des Verkaufsprozesses begonnen habe und dass das Land SH aller Voraussicht nach ein Kaufgebot abgeben werde. Man befinde sich in enger Abstimmung mit dem Land und der Musikhochschule und werde ebenfalls ein Gebot abgeben, das, wie bereits angekündigt, deutlich kleiner als das des Landes ausfallen werde. Die HL werde in jedem Fall im Verkaufsverfahren bleiben, sodass sichergestellt sei, dass das Gebäude der Bundesbank auch dann einer sinnvollen Nutzung zugeführt wird, sollte sich das Land am Ende doch gegen den Kauf des Gebäudes entscheiden.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Projektbericht Social Smart City

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.2 Bericht zum Antrag VO/2024/12914-01 von AM Helmut Müller-Lornsen (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Michelle Akyurt (CDU), AM Max Manegold (FDP): AÄ zu VO/2024/12914 AM Andreas Müller (LINKE): Aufklärungskampagne Psychische Erkrankungen und bestehende Angebote
Vorlage: 2024/12914-01-01**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.3 Schulentwicklungsplanung Förderzentren
Vorlage: VO/2024/13171**

Die Beratung dieses TOP wurde vertagt (vgl. TOP 1).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X

	Ohne Votum	
--	------------	--

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig für die Vertagung der Beratung des Berichtes.

**zu 4.3.1 AM Juleka Schulte-Ostermann Antrag zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren
Vorlage: VO/2024/13171-02**

Die Beratung dieses TOP wurde vertagt (vgl. TOP 1).

Antrag:

Vergleichende Kosten- und Zeitschätzung für Förderschulmodelle in Lübeck

Die Verwaltung wird gebeten, bis August 2024 den voraussichtlichen Kostenplan für Förderschulen

- a) für die im Bericht VO/2024/13171 von der Lübecker Verwaltung dargelegten Planung des Förderschulbaus und dazu im Vergleich
- b) die Kosten für "Förderschule ohne Schüler*innen" nach dem Vorbild der schleswig-holsteinischen Kommunen Eutin und Schwarzenbek in Adaption für Lübeck

darzulegen.

Darzulegen ist ebenfalls im Vergleich die jeweils zeitliche Dauer für die Realisierung der zwei verschiedenen Modelle a) und b).

Sowohl bei den Kosten- als auch der Zeitplanung reicht zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine erste Kosten- und Zeitschätzung basierend auf den zum jetzigen Zeitpunkt im Rahmen dieses Berichtsanspruchs für eine Kosten- und Zeitschätzung verfügbaren Daten. Einschlägige Daten aus dem Bereich des Schulbaus inkl. Schulsanierungen Lübecks sind hierbei für die Schätzung heranzuziehen, sofern diese geeignet erscheinen und/oder wenn es keine anderen nutzbaren Daten geben sollte.

Bei der vergleichenden Zeit- und Kostenschätzung sind die jeweils mit Schulbau verbundenen

- gesetzlichen Klimaschutzvorschriften in der Zeit- und Kostenfolge sowie
- Umweltfolgekosten inkl. der finanziellen Auswirkung von gegebenenfalls neuer Flächenversiegelungen

zu berücksichtigen.

Bei dem Kostenvergleich sind ebenfalls die Betriebs- und Instandhaltungskosten der Gebäude nach a) und b) für Lübeck einander vergleichend gegenüberzustellen (wie z.B. Hausmeister- und Sach-/Materialkosten für Gebäudeinstandhaltung, Reinigungspersonal/-kosten der Gebäude, Energiekosten etc.).

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	

Abstimmungsergebnis	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig für die Vertagung der Beratung des Antrages.

**zu 4.3.2 Juleka Schulte-Ostermann (GAL), Antrag zu Schulentwicklungsplanung Förderzentren
Vorlage: VO/2024/13171-03**

Die Beratung dieses TOP wurde vertagt (vgl. TOP 1).

Antrag:

1. Der Beirat und die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung werden in den Ausschuss für Soziales eingeladen, um sie zu dem Bericht Schulentwicklungsplanung Förderzentren anzuhören.
2. Der Bericht wird bis dahin zurückgestellt.
3. Zu der Sitzung werden weitere Initiativen, wie die AG Inklusion eingeladen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig für die Vertagung der Beratung des Antrages.

**zu 4.4 Anbindung der nördlichen Altstadt während der Baumaßnahme Beckergrube
Vorlage: VO/2024/13316**

Zu diesem TOP sprechen stellv. AM Kerlin, Herr Stödter, der Bürgermeister, AM Zander, Herr Böhm, AM Lötsch, Senatorin Hagen und stellv. AM Müller.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	

	Ohne Votum	
--	------------	--

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.5 Zwischenbericht zum Planungsstand "Mixed-Use-Konzept Haus B (ehem. Karstadt-Sport-Gebäude)"
Vorlage: VO/2024/13413

Die Beratung dieses TOP wurde vertagt (vgl. TOP 1).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig für die Vertagung der Beratung des Zwischenberichtes.

zu 4.6 Mündlicher Sachstandsbericht zum Café Salut

Senatorin Steinrücke teilt mit, dass es sich bei dem Café Salut um einen Begegnungstreff der Heilsarmee handele. Am 12.02.2024 sei ein Antrag auf finanzielle Unterstützung in Höhe von 100.000 EUR durch die HL gestellt worden, da die Heilsarmee sich aus der Finanzierung zurückgezogen habe. Die Verwaltung habe aus dem Sozialausschuss den Auftrag erhalten, zu prüfen, ob es entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten seitens der HL gebe. Man habe am 20.03.2024 dem Café Salut mitgeteilt, dass eine Finanzierung auf Basis der Billigkeitsrichtlinie des Landes SH möglich sei. Das Café Salut habe daraufhin 37.931 EUR für das Jahr 2024 aus dem entsprechenden Förderfonds erhalten, worüber der Sozialausschuss informiert worden sei. Gleichzeitig habe die Verwaltung im Sozialausschuss angekündigt, eine Vertreterin des Café Salut in den Ausschuss einzuladen. In der letzten Sitzung des Sozialausschusses habe man sich aufgrund der ohnehin bereits sehr langen Sitzung dazu entschieden, das Thema nicht zu behandeln. Stattdessen habe man sich dafür entschieden, die Vertreterin in die Septembersitzung des Sozialausschusses einzuladen. Am 24.06.2024 habe der Bereich Soziale Sicherung auf den Finanzierungsantrag aus dem Februar 2024 reagiert und mitgeteilt, dass es über die gezahlten 37.931 EUR hinaus keine Möglichkeit einer weiteren Finanzierung gebe, da die Haushaltslage angespannt sei und die Mittel für freiwillige Leistungen bereits anderweitig verplant seien. Die Verwaltung habe dem Café Salut dennoch ein Gesprächsangebot gemacht, um unter anderem zu erörtern, ob nicht eventuell doch die Möglichkeit einer weiteren Finanzierung durch die Heilsarmee besteht. Bislang habe man keine Antwort auf dieses Angebot erhalten.

Zu dem TOP sprechen zudem AM Siegenbrink, erneut Senatorin Steinrücke, AM Dr. Flasbarth, AM Akyurt, stellv. AM Müller, der Bürgermeister und AM Zahn.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Basisorientierte Stärkung des ehrenamtlichen Engagements durch die Absicherung der Tandempartnerschaft zwischen der Freiwilligenagentur ePunkt e.V. und der Stabsstellen Migration und Ehrenamt im Rahmen eines Budgetvertrags
Vorlage: VO/2024/13318**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt, mit der Freiwilligen Agentur ePunkt e.V. einen Budgetvertrag mit dem Inhalt abzuschließen, dass die Hansestadt Lübeck der Freiwilligen Agentur ePunkt e.V. eine Personalstelle über 39 Stunden pro Woche mit einer Vergütung nach TVöD VKA EG 10 Stufe 4 (ca. 76.457 €+ Gemeinkosten i.H.v. 8000 € jährlich) finanziert. Der Budgetvertrag löst den jährlichen Zuschuss ab.

2. Der Beschluss gilt angelehnt an die Restlaufzeit der bestehenden Budgetverträge bis zum 31.12.2026. Die Weiterführung obliegt der Beschlussfassung der Bürgerschaft.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 5.2 Verlängerung der Dauer des "Moratoriums" und der Zahlung eines Verpfle-

gungszuschusses bis 31.07.2025
Vorlage: VO/2024/13365

Zu dem TOP sprechen AM Dr. Flasbarth, der Bürgermeister, AM Lötsch, AM Voht, AM Siegenbrink, Senatorin Frank und AM Zahn.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Das von der Bürgerschaft beschlossene „Moratorium“ (Verzicht auf eine Erhöhung der Verpflegungsbeiträge beim städt. Kitaträger) und die Zahlung eines Verpflegungszuschusses in Höhe von 50 € pro Monat für Eltern von Kindern bei freien Kitaträgern und in der Kindertagespflege wird bis zum 31.07.2025 verlängert.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft der Han- sestadt Lübeck	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	1
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.***

**zu 5.3 Erweiterung des Hafenmeister- und Sanitärgebäudes Passathafen, Projektfrei-
gabe und Aufhebung eines für das Haushaltsjahr 2024 bestehenden Sperr-
vermerks**
Vorlage: VO/2024/12940

Die Beratung dieses TOP wurde vertagt (vgl. TOP 1).

Beschluss:

1. Der Bürgermeister wird ermächtigt das Projekt der Erweiterung des bestehenden Hafenmeister- und Sanitärgebäudes im Passathafen in Lübeck-Travemünde auf Grundlage der EW-Bau umzusetzen (Hauptausschuss).
2. Der unter Produktsachkonto 424003 106.7851000 - Erweiterung Hafenhause - bestehende Sperrvermerk gem. § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik wird aufgehoben. Die Haushaltsmittel in Höhe von 100.000,00 EUR werden gleichzeitig freigegeben (Bürgerschaft).
3. Vorbehaltlich der Haushaltsgenehmigung werden im Haushalt 2025 für das Projekt Erweiterung Hafenmeister- und Sanitärgebäude im Passathafen ergänzend 300.000,00 EUR bereitgestellt (Bürgerschaft).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig für die Vertagung der Beratung der Beschlussvorlage.

**zu 5.4 Entwurf einer Satzung der Hansestadt Lübeck über die Herstellungspflicht von Stellplätzen und Abstellanlagen sowie die Ablösung der Herstellungspflicht und die Höhe der Ablösebeiträge ("Ablösesatzung")
Vorlage: VO/2024/12976**

Senatorin Hagen berichtet davon, dass sie gestern Abend einen Hinweis dazu bekommen habe, dass das Land derzeit Änderungen der Landesbauordnung plane. Sie schlägt dem Hauptausschuss deshalb vor, die Einleitung der Ablösesatzung in Abstimmung mit dem Bereich Recht dahingehend zu ändern, dass dort von der Landesbauordnung in der jeweils gültigen Fassung die Rede ist, um zu verhindern, dass die Ablösesatzung in kürzester Zeit schon wieder angepasst werden muss.

Zu dem TOP sprechen außerdem AM Lötisch und erneut Senatorin Hagen.

Der Vorsitzende schlägt vor, die von Senatorin Hagen angeregte Anpassung zu übernehmen.

Seitens der Ausschussmitglieder gibt es keinen Widerspruch.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung der Hansestadt Lübeck über die Herstellungspflicht von Stellplätzen und Abstellanlagen sowie die Ablösung der Herstellungspflicht und die Höhe der Ablösebeiträge (Ablösesatzung) wird *mit der von Senatorin Hagen angeregten Änderung* beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der geänderten Beschlussvorlage.

**zu 5.5 Beschluss zum Interimskonzept im Rahmen der Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen an den Lübecker Innenstadtschulen, des erhöhten Flächenbedarfes, der G9-Erweiterung und des eventuellen Bedarfs an der in Planung befindlichen Schule Geniner Ufer
Vorlage: VO/2024/13204**

Zu dem TOP sprechen stellv. AM Kerlin, Senatorin Hagen, AM Zander, stellv. AM Müller, Senatorin Frank und AM Lötsch.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

1. An der Kanalstraße auf dem Parkplatz P1 wird eine Interimsschule zur Nutzung durch das Katharineum und die Ernestinenschule bis zur Fertigstellung des Karstadt-Gebäudes errichtet.
2. Im Anschluss wird diese Interimsschule für die Instandsetzungsmaßnahme der Ernestinenschule (Standort Burgschule) genutzt.
3. Die Modulschule Huxwiese wird als Interim für die Umbaumaßnahmen am Johanneum sowie im Rahmen der G9-Erweiterung genutzt.
4. Am Standort Buniamshof wird eine weitere Interimsschule zur Nutzung durch die Domschule während der Bauphase an der Domschule und an der OzD gebaut. Bei Fertigstellung des 1. Bauabschnitts des Wohngebietes Geniner Ufer vor Errichtung der Schule Geniner Ufer wird die Containeranlage zeitweise erweitert.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage einstimmig an.

**zu 5.6 BW 197 Ersatzneubau Durchlass Brandenmühle - Projektfreigabe und Aufhebung des Sperrvermerks
Vorlage: VO/2024/13388**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen:

Beschluss:

Beschlussvorschlag A (Hauptausschuss):

Der Bürgermeister wird vorbehaltlich der Aufhebung des Sperrvermerks ermächtigt das Projekt „BW 197 Ersatzneubau Durchlass Brandenmühle“ für voraussichtliche Gesamtkosten von ca. 850.000,- EUR (brutto) umzusetzen. (Zuständigkeit: Hauptausschuss)

Beschlussvorschlag B (Bürgerschaft):

Der Sperrvermerk gem. § 12 Abs. 2 GemHVO-Doppik auf dem Produktsachkonto 541001.685.7852000 für die Brückenbaumaßnahme wird aufgehoben. Die Haushaltsmittel in Höhe von 250.000,- EUR werden gleichzeitig freigegeben. (Zuständigkeit Bürgerschaft)

Abstimmungsergebnis (Beschlussvorschlag A)	einstimmige Annahme	X X
	einstimmige Ablehnung	
Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck (Beschlussvorschlag B)	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Beschlussvorschlag A einstimmig an.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme des Beschlussvorschlages B.

**zu 5.7 Projektfreigabe inklusiver Quartierspark Beim Drögenvorwerk in der Hansestadt Lübeck - "Tremser Park"
Vorlage: VO/2024/13419**

Zu diesem TOP sprechen AM Lötsch, Senatorin Hagen, stellv. AM Kerlin, AM Dr. Flasbarth, der Bürgermeister, AM Zander, der Vertagung beantragt, bis sich der Schul- und Sportausschuss mit dem Thema beschäftigt hat, AM Simon, AM Petereit, der sich für eine heutige Entscheidung ausspricht, AM Siegenbrink, die sich ebenfalls für eine heutige Entscheidung ausspricht, Senatorin Frank und stellv. AM Müller.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung auf Grundlage von § 19 Absatz 1 GeschO.

- Unterbrechung der Sitzung von 18:50 Uhr bis 18:55 Uhr -

Der Vorsitzende beendet die Sitzungsunterbrechung.

AM Lötsch beantragt im Namen der Ausschussmitglieder der CDU, von Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP, die Vertagung der Beratung der Beschlussvorlage, bis sich der Schul- und Sportausschuss am 18.07.2024 mit der Sache befasst habe. Er merkt an, dass der Hauptausschuss den Schul- und Sportausschuss zwar nicht zur Abgabe eines Fachausschussvotums auffordern könne, die Verwaltung jedoch bitte darauf hinwirken möge, dass der Ausschuss sich in seiner Sitzung am 18.07.2024 mit dem Thema befasst.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass sich das Projekt durch ein solches Vorgehen in jedem Fall um mehrere Monate verzögern würde, da die Beschlussvorlage nach einer Bera-

tung im Schul- und Sportausschuss erneut im Hauptausschuss zu beraten und abschließend zu beschließen wäre.

AM Petereit bittet darum, die fachliche Nichtzuständigkeit des Schul- und Sportausschusses für die Beratung der Beschlussvorlage VO/2024/13419 in der Niederschrift festzuhalten. Die Fraktionen der CDU, von Bündnis 90 / Die Grünen und der FDP seien deshalb, sollte das von AM Lötsch beantragte Vorgehen heute im Hauptausschuss beschlossen werden, für erhebliche zeitliche Verzögerungen im Projekt verantwortlich.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Entwicklung des inklusiven Quartiersparks Beim Drögenvorwerk – 'Tremser Park' auf Grundlage der eingereichten Entwurfsplanung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss stimmt mit 8 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen unter 1 Enthaltung für die Vertagung der Beratung der Beschlussvorlage.

**zu 5.8 Erteilung eines Projektauftrags zur städtebaulich, konzeptionellen Auseinandersetzung mit dem Schragen in Verbindung mit den Planungen zum "Mixed-Use-Konzept Haus B (ehem. Karstadt Sport Gebäude, Königstraße)
Vorlage: VO/2024/13351**

Auf eine entsprechende Anmerkung von Senatorin Hagen hin, bittet der Vorsitzende darum, folgende Tatsache in die Niederschrift aufzunehmen: Der Hauptausschuss ist entgegen der Angaben zu der Beratungsfolge in der Beschlussvorlage VO/2024/13351 im weiteren Verlauf des Verfahrens für die Entscheidung und nicht lediglich die Vorberatung der Erteilung des letztendlichen Projektauftrages zur städtebaulich, konzeptionellen Auseinandersetzung mit dem Schragen zuständig. Der Hauptausschuss gibt dementsprechend keine Empfehlung an die Bürgerschaft ab, sondern entscheidet selbst über die Erteilung des Projektauftrages für eine Machbarkeitsstudie.

Zu dem TOP sprechen zudem AM Voht, AM Petereit, stellv. AM Kerlin und Herr Bunk, der auch noch einmal herausstellt, dass der Hauptausschuss die Entscheidung über die Durchführung einer Machbarkeitsstudie treffen dürfe und dass man die Beschlussvorlage dem Schul- und Sportausschuss sowie der Bürgerschaft anschließend lediglich zur Kenntnis und nicht zur Entscheidung geben werde.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Beschlussvorschlag der im Sinne der vorherigen Korrekturen geänderten Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Bürgermeister wird ermächtigt, die Planungsaufgabe (Generalplanung für das Projekt Mixed-Use-Konzept Haus B) um das Gebiet „Schrangen“ zur Bewertung und Lösung städtebaulicher und funktionaler Verflechtungen zu erweitern. In diesem Zuge ist die Realisierbarkeit eines Fahrradparkhauses im Haus C (Kellergeschoss Schrangens) der Immobilie und die Möglichkeit der Erschließung über den Schrangens zu prüfen und aufzuzeigen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die geänderte Beschlussvorlage einstimmig an.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Dringlichkeitsempfehlung des Ausschusses für Kultur und Denkmalpflege zum Antrag des BM Detlev Stolzenberg: Förderung der Gemeinnützigen Lübecker Musik- und Kunstschulen
Vorlage: VO/2024/13333-01**

AM Petereit beantragt die Weitergabe des Antrags ohne Votum an die Bürgerschaft und begründet dies mit noch vorhandenem Klärungsbedarf bis zur Haushaltssitzung der Bürgerschaft.

Zu dem TOP sprechen zudem AM Lötsch, erneut AM Petereit, stellv. AM Kerlin, stellv. AM Müller, der die Vertagung der Beratung des Antrags beantragt, AM Dr. Flasbarth, der sich für die heutige Beschlussfassung ausspricht, AM Simon, AM Stüttgen, Senatorin Frank und AM Lötsch, der eine kurze Unterbrechung der Sitzung beantragt.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung auf der Grundlage von § 19 Absatz 1 GeschO.

- Unterbrechung der Sitzung von 19:22 Uhr bis 19:32 Uhr -

Der Vorsitzende beendet die Sitzungsunterbrechung.

AM Petereit zieht seinen Antrag auf Weitergabe ohne Votum an die Bürgerschaft zurück und schließt sich dem Vertagungsantrag des stellv. AM Müller an.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Vertagungsantrag abstimmen:

Antrag:

Der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege hat sich in seiner Sitzung am 10.06.2024 mit dem Antrag befasst und empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig den folgenden, geänderten Antrag anzunehmen:

1. Der Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege empfiehlt der Bürgerschaft folgende Beschlussfassung zur Förderung der Lübecker Musik- und Kunstschulen: Die Bürgerschaft bestätigt die nachfolgende Beschlussfassung aus der Januarsitzung der Bürgerschaft:

Die Kulturverwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit den Lübecker Musik- und Kunstschulen ein Konzept zu erstellen, wie stufenweise eine Förderung der Musik- und Kunstschulen gestaltet werden kann, um eine Angleichung an eine tarifgebundene Vergütung der Lehrkräfte gem. TVöD. zu erreichen. Das Konzept ist zur Malsitzung des Kulturausschusses vorzulegen.

Das Konzept ist bis zur Haushaltssitzung im September 2024 der Bürgerschaft vorzulegen.

2. In die Haushaltsplanung für 2025 ist eine Erhöhung des Ansatzes für die Lübecker Musikschulen in Höhe von **300.000 EUR** einzustellen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig für die Vertagung der Beratung des Antrages.

**zu 6.2 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU & FDP: AT zu Regelungen im Zusammenhang mit Interessenbekundungen und Ausschreibungen für städtische Immobilien und städtebauliche Verträge bei der Aufstellung von Bebauungsplänen
Vorlage: VO/2024/13394-01**

Die Beratung dieses TOP wurde vertagt (vgl. TOP 1).

Antrag:

1. Die Bedingungen, Richtlinien und (Bewertungs-)Kriterien bei Ausschreibungen und Interessenbekundungen für Verkauf, Verpachtung oder Vermietung von städtischen Grundstücken und Gebäuden und Bestellung von Erbbaurechten (außer Grundstücken mit und für Einfamilienhäuser) werden vor Prozessbeginn der Bürgerschaft - mit Vorberatungen im Ausschuss für Wirtschaft und für den Kurbetrieb Travemünde (KBT) und Hauptausschuss - zur Entscheidung vorgelegt, sofern die Wertgrenzen für die korrespondierenden Transaktionen eine Beteiligung der Bürgerschaft oder des

Hauptausschusses erfordern.

- Die Rahmenbedingungen für städtebauliche Verträge, die im Zusammenhang mit der Aufstellung von Bebauungsplänen mit Investoren abgeschlossen werden sollen, sind vor dem Satzungsbeschluss der Bürgerschaft - mit Vorberatungen im Bauausschuss und Hauptausschuss - zur Entscheidung vorzulegen, sofern es sich um ein Vorhaben mit besonderer städtebaulicher Bedeutung und nicht um Geschäft der laufenden Verwaltung handelt. Im Rahmen seiner Beschlussfassung hat der Bauausschuss die von der Bürgerschaft definierten übergeordneten Ziele und Grundsätze der Bauleitplanung zu beachten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	X
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig für die Vertagung der Beratung des Antrages.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

**zu 9.1 Abschluss eines Mietvertrages zum Betrieb einer Senior:Inneneinrichtung
Vorlage: VO/2024/13197**

Der Vorsitzende ruft unter diesem TOP die Beratung des öffentlichen Teils der Angelegenheit unter TOP 14.1 auf (vgl. TOP 1).

Hinweis:

Da die anfänglichen, längeren Wortbeiträge von AM Dr. Flasbarth den Ausgangspunkt für die gesamte weitere Debatte sowie den späteren Widerspruch gegen den Nichtbeschluss der

nichtöffentlichen Beratung durch Senatorin Hagen darstellen, sind diese nachfolgend im Wortlaut wiedergegeben.

- Beginn Wortprotokoll -

AM Dr. Flasbarth:

„Also wir begrüßen das grundsätzlich sehr, dass wir die Neuausrichtung, die strategische Neuausrichtung da jetzt angehen und natürlich auch, dass wir da jetzt den Behnckenhof, dass wir da jetzt einmal keine Monsteraufgabe eines Neubaus vor uns haben, sondern, dass wir da sanieren. Das macht das Ganze sehr viel einfacher. Wir haben drei, ja, Fragen zu diesem Antrag. Die erste Frage betrifft das Timing. Wir haben im Februar ja einen Sachstand der strategischen Neuausrichtung hier bekommen, wo auch der Behnckenhof schon drin war und wir haben zu diesem Sachstand inklusive des Behnckenhofes damals beschlossen, bevor wir weitere Planungsschritte unternehmen, hätten wir gerne ein Gesamtfinanzierungskonzept. Darum sind wir jetzt ein bisschen irritiert, dass uns jetzt doch einzelne Planungsschritte vorgelegt wurden, denn wir befürchten so ein bisschen, wenn wir jetzt Dinge vorwegnehmen, hier ein paar Millionen ausgeben, da ein paar Millionen ausgeben, dass dann irgendwann die Kommunalaufsicht sagt, und dass befürchten wir natürlich vor dem Hintergrund dessen, was uns letztes Mal geschrieben wurde, befürchten wir, dass es dann möglicherweise für die riesengroße Aufgabe der Neubauten, die uns noch bevorsteht, da eine rote Karte gezeigt wird und wir das nicht durchführen können. Darum hätten wir gerne jetzt erstmal die Übersicht über alles, bevor wir jetzt hier schon solche durchaus großen Kosten committen. Meine Frage wäre jetzt, wo stehen Sie da bei dem Gesamtfinanzierungskonzept? Wann ist das zu erwarten? Das ist ja jetzt vor fünf Monaten schon... Wann können wir damit rechnen? Die zweite Frage, die uns ein bisschen irritiert, ist: Es wurde verschiedentlich gesagt, es wird uns jetzt nur noch vorgelegt, was sich rechnet. Und das rechnet sich ja jetzt nicht. Wir haben jetzt hier acht Millionen Verluste mit möglicherweise durchaus optimistischen Annahmen, wenn der Bau ein bisschen länger dauert oder die Sanierung ein bisschen länger dauert, können aus diesen acht auch mal zehn oder zwölf werden und, und...“

Der Vorsitzende:

„Herr Dr. Flasbarth, wir sind im öffentlichen Teil. Dann sollten diese Summen normalerweise...“

AM Dr. Flasbarth:

„Das sind ja jetzt alles Summen der SIE. Da gibt es ja jetzt keinen Grund, warum die nicht... Warum sollten wir das jetzt nicht... Das sind ja jetzt Sachen der...“

Der Vorsitzende:

„Vielleicht, vielleicht Herr Petereit kann noch warten. Er kann gerne rankommen. Ich möchte lieber vom Rechtsamt den Hinweis haben, zu was darf was gesagt werden und zu was nicht. Dürfen Zahlen der SIE erwähnt werden?“

Herr Ziemann:

„Also, ich halte das für sehr schwierig, dass man das hier im öffentlichen Teil bespricht, berät, weil man das schwer voneinander trennen kann. Es sind erstmal, also wir müssen einmal, also eigentlich müssten wir, wenn wir darüber reden wollen, die Nichtöffentlichkeit herstellen, weil ich kann so gar nicht dazu ausführen. Also ich halte es für wesentlich sinnvoller, das Ganze im nichtöffentlichen Teil zu besprechen.“

Der Vorsitzende:

„Gut, dann wäre jetzt erstmal meine Bitte, dass keiner... Können wir uns drauf einigen, dass wir im öffentlichen Teil keinerlei Zahlen nennen? ... Können wir uns darüber einigen? ... Gut, dann können wir ja mit der Diskussion weitergehen.“

AM Dr. Flasbarth:

„Dann würde ich jetzt aber gerne auch nochmal... Vielleicht können wir es in Zukunft so machen, dass alle Angelegenheiten der SIE, die SIE sind ja eine öffentliche Sache, das betrifft ja das Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das hätten wir gerne im öffentlichen Teil. Dass Details des Mietvertrags dann im nichtöffentlichen Teil sind, ist eine Selbstverständlichkeit. Also die zweite Irritation war, dass wir hier eben nicht eine Sache haben, die sich rechnet, sondern hier mit substanziellen Verlusten für den Haushalt verbunden ist und ich erinnere mich, dass wir monatelang, fast jahrelang darüber diskutiert haben, dass wir möglicherweise eine Unterdeckung, möglicherweise auch in ähnlicher Größenordnung wie beim HGH haben. Das war das ein riesengroßes, ein fast schon existenzielles Problem. Es wurden seitenweise uns Vorlagen gegeben, dass das sich deswegen alles nicht rechnet, obwohl das jetzt eine Einrichtung ist, die mit Abstand die Beliebteste ist, die beste Lage hat, die Geschichtsträchtigste ist. Da haben wir jetzt einen Verlust für die Hansestadt in ähnlicher Größenordnung und das wird im nichtöffentlichen Bereich im Hauptausschuss durchgewunken. Die Zahl wird nichtmal in der Vorlage genannt. Das irritiert mich sehr und ich habe dazu A) die Frage: Ist diese Nichtwirtschaftlichkeit mit der Kommunalaufsicht abgeklärt? und B) Von Herr Lindenau, von der SPD wurde beim HGH immer sehr stark über die Beihilfe-problematik geredet. Wurde hier bei diesen Verlusten die Beihilfe-problematik überprüft? Das Dritte, was ich, was mich an dieser Vorlage irritiert, ist, dass das Volumen, das wir entscheiden, sowohl was die Verluste betrifft, als auch, was das gesamte Volumen dieses Mietvertrages betrifft, enorme Summen sind und dafür würde ich mir wünschen und so kenne ich das bisher auch aus meinem Berufsleben, dass wir da eine entscheidungsreife Vorlage haben, die nachvollziehbar ist. Was wir hier vorgelegt bekommen haben, ist in keiner Weise nachvollziehbar. Ich kann in keiner Weise nachvollziehen, ob die Zahlen, die uns dann die Rentabilität der Einrichtung in den zukünftigen Jahren zeigen, ob die positiv gerechnet, ob die konservativ gerechnet sind, welche Annahmen da getroffen sind, ob die vollständig sind. Ich habe den leisen Verdacht, dass da wichtige Dinge fehlen, die beispielsweise eine Rücklage für genau diese Verluste, die eingetreten sind, wie beispielsweise Gemeinkosten. Aber ob das so ist, das kann ich nichtmal beurteilen. Das müsste ich aber beurteilen, wenn ich über solche großen Beträge entscheide. Und darum wundert mich ein bisschen, wir hatten ja in unserem Antrag im Februar darum gebeten, dass bei dem Finanzkonzept sämtliche Annahmen explizit offengelegt werden. Das ist jetzt hier nicht passiert, darum kann ich jetzt eigentlich in keiner Weise darüber entscheiden, was hier jetzt passiert. Ich verstehe, dass jetzt hier viele Befindlichkeiten sind, aber aus meiner Sicht haben wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten erlebt, dass wir mit den SIE einen irren Verlust für den Haushalt haben. Nicht nur jährlich, sondern wir haben beispielsweise auch dreizehn Millionen für die eine Stiftung bezahlt, wir haben zwei Stiftungen an den Rand der Zahlungsunfähigkeit geführt. Da sind eine ganze Reihe von Verlusten jetzt aufgelaufen, die ehrlich gesagt sehr unsozial sind, denn dieses Geld fehlt uns an anderer Stelle. Darum haben wir das sehr, sehr große Bestreben, dass die strategische Neuausrichtung so weiter machen wollen, daran glauben wir auch, daran halten wir fest, aber wir wollen unbedingt vermeiden, dass die gleichen Fehler nochmal passieren und nochmal in eine Art Defizit laufen, wie wir es jetzt sehen. Und dafür brauchen wir aus meiner Sicht Vorlagen, die so entscheidungsreif sind, dass wir wirklich sehr, sehr gut nachvollziehen können, über was entscheiden wir da. Und das kann jetzt hier bei der Vorlage leider so nicht.“

- Ende Wortprotokoll -

Zu den Wortbeiträgen von AM Dr. Flasbarth spricht Senatorin Steinrücke. Sie weist eindringlich darauf hin, dass (auch die teilweise) Behandlung der Angelegenheit im öffentlichen Teil, seitens des Verhandlungspartners, äußerst kritisch gesehen werde. Sie schätze eine zum Teil öffentliche Beratung, unabhängig davon, was rechtlich möglich sei, darüber hinaus als ein großes Risiko im Hinblick auf andere und zukünftige Vertragsverhandlungen ein. Senatorin Steinrücke plädiert nachdrücklich für eine Beratung im nichtöffentlichen Teil und weist darauf hin, dass auch die Fragen von AM Dr. Flasbarth im öffentlichen Teil nicht beantwortet werden könnten.

Der Vorsitzende weist erneut darauf hin, dass der Natur der Sache nach nichtöffentliche Tatsachen auf keinen Fall im öffentlichen Teil thematisiert werden dürfen. Er bittet alle Ausschussmitglieder, bei ihren Redebeiträgen genau darauf zu achten.

Herr Ziemann rät eindringlich dazu, für die Beratung der gesamten Angelegenheit die Nichtöffentlichkeit herzustellen, da die Differenzierung in öffentliche und nichtöffentliche Tatsachen faktisch nicht möglich sei.

Senatorin Hagen schließt sich diesem Rat an.

Herr Ziemann weist darauf hin, dass über die nichtöffentliche Beratung der Angelegenheit der VO/2024/13197 abzustimmen sei. Gemäß § 35 Absatz 2 GO sei eine Zweidrittelmehrheit für die nichtöffentliche Beratung erforderlich.

Der Vorsitzende lässt über die nichtöffentliche Beratung abstimmen:

**Der Hauptausschuss stimmt mit 9 Ja-Stimmen
gegen 5 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung gegen
die nichtöffentliche Beratung der Angelegenheit der VO/2024/13197.**

Der Vorsitzende weist erneut darauf hin, dass jedes Ausschussmitglied genau darauf zu achten habe, welche Tatsachen und Inhalte im öffentlichen Teil zur Sprache gebracht werden.

Senatorin Hagen, in ihrer Funktion als Erste stellvertretende Bürgermeisterin der Hansestadt Lübeck, zieht die Beschlussvorlage VO/2024/13197 mit sofortiger Wirkung zurück. Darüber hinaus widerspricht sie in Vertretung des Bürgermeisters gemäß § 43 Absatz 1 GO dem vorstehenden Beschluss des Hauptausschusses, die Beratung der Angelegenheit der VO/2024/13197 teilweise nicht im nichtöffentlichen Sitzungsteil vorzunehmen.

Herr Ziemann erläutert, dass Senatorin Hagen, als Stellvertreterin des Bürgermeisters, nach der Gemeindeordnung Widerspruch gegen einen Beschluss des Hauptausschusses erheben muss, sofern sie der Überzeugung ist, dass dieser rechtswidrig ist. Nachdem sie dies nun getan und zusätzlich die Beschlussvorlage zurückgezogen hat, darf diese in der heutigen Sitzung nicht mehr beraten werden.

***Aufgrund der Zurückziehung und des Widerspruchs durch Senatorin Hagen,
erfolgt in der Sitzung keine weitere Beratung der Beschlussvorlage.***

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 19:51 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 19:52 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt der Vorsitzende mit, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung drei Anfragen und eine Beschlussvorlage behandelt worden seien.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt um 20:08 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 11. September 2024

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Tim Landschof
Protokollführung